

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR
SCHULEN, KIRCHEN, VEREINE
UND INTEGRATION**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
12. SCHUL 2009-2014
Sitzungsdatum:
26.06.2012

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 26.06.2012

Unter dem Vorsitz von Corinna Weinhold versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Schulen, Kirchen, Vereine und Integration

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin
2. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
3. Umgestaltung des Schulhofes der KGS Übach
4. Zustimmung zur Einrichtung des Gemeinsamen Unterrichtes (GU) an der Lindenschule ab dem Schuljahr 2012/13
5. Bericht über die Weiterentwicklung des Projektes "Gangway"
6. Erweiterungen zur Tagesordnung
7. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

8. Erweiterungen zur Tagesordnung
9. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU

Herr Walter Junker	CDU
Herr Hüseyin Salin	SPD
Frau Christa Thar-Hennes	UWG
Frau Corinna Weinhold	UWG

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Sven Bildhauer	SPD
Herr Bernhard Brade	CDU
Herr Carsten Müller	SPD

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Nezar Duski	CDU
Frau Anke Hermanns	FDP

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Pfarrer Pater Konrad Boja kath. Kirche
Herr Rektor Reinhard Howe
Frau Schulleiterin Irmgard Pollex

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Verwaltungsangestellter Volkhard Dörr

Gäste

Herr Herbert Hamann, Geschäftsführer der Diakonie Jülich
Herr Schulamtsdirektor Peter Kaiser
Frau Barbara Kramer
Herr Landschaftsarchitekt Schollmeyer

Schriftführer

Frau Stadtinspektorin Jutta Gündling

Ortsbesichtigung:

Vor der Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kirchen, Vereine und Integration fand um 16.30 Uhr eine Ortsbesichtigung auf dem Schulhof der KGS Übach statt. Zu dieser begrüßte die **Ausschussvorsitzende** alle Anwesenden. Schulleiterin Pollex und Planer Harald Schollmeyer zeigten den Ausschussmitgliedern den Schulhof der KGS Übach, welcher durch Mittel des Fördervereins umgestaltet werden soll.

Schulleiterin Pollex erklärte, dass die Schulhofplanung aufgrund des Brandschutzes bereits umgestellt worden sei.

Stadtbrandinspektor Mannheims erläuterte die Anforderungen der Feuerwehr hinsichtlich der Aufstell- und Bewegungsflächen. Aufgrund eines 3 Meter breiten Fahrweges hätte die Planung geändert werden müssen.

Als nächstes präsentierte der Landschaftsarchitekt **Herr Schollmeyer** die Planung zur Schulhofumgestaltung.

Er sagte, dass die Aufwertung des Schulhofs eine Herausforderung sei. Er habe ein passendes Konzept entwickelt und man probiere nun dieses Schritt für Schritt umzusetzen. Er wies darauf hin, dass die Umgestaltung des Schulhofs ein längerer Prozess sei. Mit seinem Konzept wolle er die Aufenthaltsqualität des Schulhofs für die Schüler erhöhen. Die von ihm angedachten Spielgeräte seien vielfältig einsetzbar, so ermöglichen sie den Unterricht im Freien sowie auch das Spielen. Anhand eines Plans erläuterte er die einzelnen Geräte und das Gesamtkonzept.

Da die Stadt Übach-Palenberg kein Geld für die Umgestaltung habe, würden die Kosten vom Förderverein der KGS Übach getragen. Derzeit ständen ihm circa 15.000 € zur Verfügung, was ein Anfang sei. Das Gesamtkonzept würde ungefähr 33.000 € kosten. Man wolle zeitnah mit der Realisierung beginnen, die Schule müsse nun Prioritäten setzen und festlegen, was als erstes umgesetzt werden soll.

Schulleiterin Pollex wies darauf hin, dass der Schulhof nach Schulende als Parkplatz von Nutzern der Sporthalle benutzt wird. Sie fragte, ob eine Parkregelung eingeführt werden könnte, sobald die Spielgeräte vorhanden seien.

Stadtbrandinspektor Mannheims erklärte, dass zur Gewährung des Brandschutzes beispielsweise der vorgesehene Fahrweg für die Feuerwehr immer frei gehalten werden müsse und dadurch das Parken schon eingeschränkt sei.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski sagte, dass nach der Fertigstellung der Schulhof besichtigt werden solle und man danach über eine mögliche Parkregelung diskutieren solle.

Stadtverordneter Josef Fröschen schlug als kostengünstiges Spielgerät Autoreifen vor, die gestapelt oder hintereinander gelegt werden könnten und so den Kindern zum Klettern und Springen dienen.

Herr Schollmeyer nahm diesen Vorschlag dankend an.

Schulleiterin Pollex erklärte, dass die Mittel des Fördervereins nicht unerschöpflich seien und sagte, dass man bei der Umgestaltung des Schulhofes auf die Mithilfe des Technischen Betriebs hoffe.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski sagte, dass man bezüglich der Mithilfe des Technischen Betriebs wissen müsse, wann der Startzeitpunkt der Umgestaltung sei.

Schulleiterin Pollex antwortete, dass man wenn möglich schon in den Sommerferien beginnen wolle, damit die Nutzung des Schulhofes bei Schulbetrieb nicht eingeschränkt wird.

Stadtbrandinspektor Mannheims, der auch Leiter des Technischen Betriebs ist, antwortete, dass Frau Pollex bedenken müsse, dass aufgrund der Sommerferien die Personaldecke des Technischen Betriebs sehr dünn sei.

Seitens des Ausschusses kam die Frage der Sicherheit und der Wartung der Geräte auf.

Herr Schollmeyer erklärte, dass die Spielgeräte mindestens zweimal vor der Benutzung geprüft werden, einmal im Werk und einmal vor Ort.

Stadtbrandinspektor Mannheims ergänzte, dass die Mitarbeiter des Technischen Betriebs für die Wartung von Spielgeräten geschult seien und dieser Tätigkeit regelmäßig nachgingen. Eine Überprüfung der neu vorgesehenen Spielgeräte vor Inbetriebnahme stelle daher kein Problem dar.

Herr Schollmeyer erklärte bezüglich der Realisierung des Projekts, dass er ein Leistungsverzeichnis erstellen werde aufgrund dessen dann ausgeschrieben wird bzw. Angebote eingeholt werden.

Stadtbrandinspektor Mannheims sagte, dass man nach Erstellung des Leistungsverzeichnisses gemeinsam abstimmen könne, welche Leistungen durch den Technischen Betrieb erfüllt werden können und welche ausgeschrieben werden müssen.

Ausschussvorsitzende Weinhold eröffnete im Anschluss an die Ortsbesichtigung die 12. Sitzung in dieser Wahlperiode und begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter der Kirchen und Schulen, die Presse und seitens der Verwaltung den Bürgermeister, Wolfgang Jungnitsch, den Ersten Stadtbeigeordneten, Herrn Piotrowski, aus dem Fachbereich 4 Familie, Soziales, Integration und Bildung den Fachbereichsleiter, Herrn Dörr und die Schriftführerin, Frau Gündling.

Besonders begrüßte sie den Schulamtsdirektor, Herrn Kaiser, den Planer und Zeichner, Herrn Schollmeyer sowie Frau Krämer und Herrn Hermanns vom Projekt Gangway.

Sie stellte die fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Es lagen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Verpflichtung einer sachkundigen Bürgerin**

Ausschussvorsitzende Weinhold eröffnete den 1. Tagesordnungspunkt Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin. Sie nahm die Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Einwohnerin Anke Hermanns vor. Hierzu verlas sie folgende Verpflichtungserklärung:

“Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werden.”

Sachkundige Einwohnerin Hermanns erhob sich währenddessen von ihrem Platz und bekundete ihr Einverständnis mit dem Text der Verpflichtungserklärung.

Die Niederschrift zur Verpflichtung wurde durch die sachkundige Einwohnerin Anke Hermanns unterzeichnet und durch die Ausschussvorsitzende Weinhold geschlossen.

2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kirchen, Vereine und Integration vom 26.04.2012 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

3 Umgestaltung des Schulhofes der KGS Übach

Herr Schollmeyer zeigte dem Ausschuss die Schulhofplanung, die er bereits bei der Ortsbesichtigung vorgestellt hatte, mithilfe einer Powerpointpräsentation detaillierter. Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Stadtverordnete Bartel fragte, ob das ganze Projekt direkt durchgeführt werden würde und verwies auf den Brief der KGS Übach (Anlage zur Einladung), in dem einige Geräte bereits genannt wurden.

Herr Schollmeyer antwortete, dass das von ihm vorgestellte Konzept ein Gesamtkonzept sei und darstelle, wie es in ein paar Jahren aussehen könnte.

Stadtverordnete Bartel fragte, welche Prioritäten die Schule bei der Schulhofumgestaltung setzen würde.

Schulleiterin Pollex antwortete, dass sie als erstes die Rundbank und den Tafellack an den Wänden der Turnhalle umsetzen würde und sich dann zwischen dem Geodreieck und den Wippbänken entscheiden müsse.

Pater Boja fragte, ob es sich um einen Schulhof oder einen Freizeithof handeln würde und verwies auf die mögliche Unfallgefahr und das Wochenende, an dem der Schulhof nicht beaufsichtigt sei.

Schulleiterin Pollex erklärte, dass die Schule bezüglich des Wochenendes die gleichen Bedenken hatte. Der unterhalb des Schulhofs liegende kleine Spielplatz habe jedoch auch gehalten und sei nicht zerstört worden. Es gäbe keine Garantie, Vandalismus sei leider eine allgegenwärtige Gefahr.

Stadtverordneter Junker sprach die Parkzeiten- und Zufahrtsregelung an und fragte, ob es ein Wegerecht gebe.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass ein Wegerecht für die Bewohner des Hauses in Schulhofnähe existiere.

Stadtverordneter Junker sagte, dass es Probleme beim Wenden geben könnte und es dabei zu eventuellen Beschädigungen des Schulhofinventars kommen könnte.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski erklärte, dass ein Parkproblem an der KGS Übach eher bei größeren Veranstaltungen in der Stadthalle auftreten könnte. Dies könnte jedoch nicht den Schulhof betreffen, da mit der Gastronomie in der Stadthalle nur die Nutzung des Vorhofes der KGS Übach vereinbart worden sei. Desweiteren sagte er, dass die Schulhöfe seit Jahrzehnten außerhalb der Schulzeiten genutzt werden würden und verwies auf den intakten Schulhof der GGS Palenberg, der immer offen gehalten wurde.

Stadtverordnete Bartel lobte Herrn Schollmeyers Präsentation und befürwortete das Vorhaben und stellte heraus, dass der Schulhof derzeit weniger attraktiv sei. Sie halte die vorgeschlagenen Spielgeräte für gut geeignet.

Stadtverordneter Gerhard Gudduschat begrüßte die Schulhofumgestaltung und sprach dem Förderverein der KGS Übach seinen Dank aus.

Schulleiterin Pollex sagte, dass wenn die KGS Übach doch noch in eine OGS umgewandelt werden würde, der Schulhof auch noch nachmittags durch die Schule genutzt werden würde. Dies müsse man bei einer Parkzeitenregelung für den hinteren Schulhof berücksichtigen.

Abschließend verlas **Ausschussvorsitzende Weinhold** die Beschlussempfehlung und bat Frau Pollex, dem Förderverein ein großes Dankeschön seitens des Ausschusses auszurichten. Falls bei der Umsetzung Probleme auftreten würden, könnte der Ausschuss erneut zusammentreten.

Beschlussempfehlung:

Der Umgestaltung des Schulhofes der KGS Übach wird zugestimmt. Die Kosten der Maßnahme werden durch den Schulverein der KGS Übach getragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

4 Zustimmung zur Einrichtung des Gemeinsamen Unterrichtes (GU) an der Lindenschule ab dem Schuljahr 2012/13

Schulamtsdirektor Kaiser sagte, dass sich die dezentrale Klasse der Comeniussschule an der Lindenschule sehr erfreulich entwickelt habe und diese positive Entwicklung alle Ebenen umfasse.

Seit der Einführung vor einem Jahr habe sich eine Menge getan, man könne von Integration der Förderschüler sprechen. Dennoch gäbe es in Punkto Integration noch viel zu tun und es würden neue Probleme auftreten, die gelöst werden müssten. Die Zahl der Eltern, die sich für ihre Kinder gemeinsamen Unterricht an einer Regelschule wünschen, sei gestiegen. Auf Landesebene könnte man einen Anstieg von circa 30 % verzeichnen und auch im Kreis Heinsberg sehe man eine deutliche Steigerung. Der Wunsch nach Gemeinsamen Unterricht beziehe sich auf Kinder, die vor der Einschulung stehen sowie auf Kinder, die schon in den Sekundarbereich 1 fallen. In Übach-Palenberg würde derzeit schon an der GGS Frelenberg gemeinsamer Unterricht stattfinden. Die momentan vorliegenden Anmeldezahlen würden jedoch das Kontingent der GGS Frelenberg übersteigen, die Schule könne diese Schüleranzahl

nicht mehr schultern. Man dürfe den Bogen nicht überspannen. Die Überlegung sei daher gewesen, an einer zweiten Schule Gemeinsamen Unterricht einzurichten. Die dezentrale Klasse an der Lindenschule, die Froschklasse, bestehe nur noch aus 3 bis 4 Kindern. Die Lehrerin Frau Liesenberg würde diese Kinder weiter an der Lindenschule betreuen und die restlichen Stunden für den Gemeinsamen Unterricht nutzen. Der Schule bleibe es vorbehalten, ein eigenes Konzept zum Gemeinsamen Unterricht zu entwickeln. Das Ziel des Gemeinsamen Unterrichts sei die Integration der Förderschüler in Regelklassen. Die Rahmenbedingungen für den Gemeinsamen Unterricht seien gesetzt, man wolle diesen nun auf Wunsch der Schule von unten nach oben aufbauen. Das würde bedeuten, dass zuerst in den Eingangsklassen an der Lindenschule der Gemeinsame Unterricht eingeführt werden würde. Man wolle für den Start behutsam anfangen und circa 5-6 Kinder, die ihren Förderschwerpunkt im Bereich Lernen oder Sprache haben, in den Regelklassen unterrichten. Pro Kind rechne man mit 3 Stunden, so dass man bei 6 Schülern auf 18 Stunden käme, dazu die 9 Stunden für die Froschklasse würde ungefähr die Stundenzahl von Frau Liesenberg ergeben.

Schulamtsdirektor Kaiser freute sich darüber, dass das Kollegium der Lindenschule nach anfänglichem Zögern offen für den Gemeinsamen Unterricht sei. Es sei eine gute Entwicklung für Übach-Palenberg zu verzeichnen und er hoffe, dass man den Wünschen der Übach-Palenberger Eltern gerecht werde.

Stadtverordneter Gerhard Gudduschat fragte, wieso die Froschklasse nur noch aus 3 Kindern bestehe.

Schulamtsdirektor Kaiser erklärte, dass diese Klasse früher aus 8 Schülern bestanden hätte, 5 davon hätten sich jedoch gut entwickelt oder seien zu alt geworden, so dass sie nun eine andere Schule besuchen müssten. Die Froschklasse sei personell nur durch Frau Liesenberg ausgestattet, was jedoch völlig ausreichend sei.

Stadtverordnete Thar-Hennes fragte, was man sich unter dem Förderbedarf Lernen und Sprache vorstellen müsse.

Schulamtsdirektor Kaiser antwortete, dass diese Kinder Probleme mit der Sprache und Artikulation hätten. Neben der sonderpädagogischen Betreuung durch Frau Liesenberg würden die Schüler zeitweise den Unterricht der Regelklassen besuchen.

Stadtverordneter Junker fragte, wie man sich den Einsatz der Sonderpädagogin an der Lindenschule vorstellen müsse. Sei eine sonderpädagogische Planstelle an der Lindenschule angedacht?

Schulamtsdirektor Kaiser antwortete, dass Frau Liesenberg den Bedarf decken würde. Man rechne mit 3 Stunden pro Kind. 3 Kinder der Froschklasse würden 9 Stunden ergeben und 5 neue Schüler für den Gemeinsamen Unterricht 15 Stunden womit man insgesamt am 24 Stunden käme, die der Gesamtstundenzahl der Lehrkraft entsprächen.

Schulleiter Howe sagte, dass man trotz der Fortschritte die Inklusion nicht aus den Augen verlieren sollte. Er persönlich sei sehr froh über den Erhalt von Frau Liesenberg und dass diese nicht abgeordnet worden sei. Er fragte, was er den Eltern bei Anfragen zu Anmeldungen zum Gemeinsamen Unterricht antworten solle. Bis jetzt habe er diese Anfragen immer verneint.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski antwortete, dass bei heutiger positiver Beschlussfassung die Lindenschule Anmeldungen für den Gemeinsamen Unterricht annehmen dürfe.

Ausschussvorsitzende Weinhold bedankte sich bei der Lindenschule für die Bereitschaft zur Einrichtung des Gemeinsamen Unterrichts.

Auch **Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski** bedankte sich und stellte heraus, dass es keine Selbstverständlichkeit sei, eine Sonderpädagogin wie Frau Liesenberg an einer Schule behalten zu können.

Schulamtsdirektor Kaiser bestätigte dies und fügte hinzu, dass die Anzahl der Sonderpädagogen sehr knapp bemessen sei und es daher oft zu Abordnungen durch die Bezirksregierung käme.

Beschlussempfehlung:

Der Einrichtung des Gemeinsamen Unterrichtes (GU) für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf an der Lindenschule ab dem Schuljahr 2012/13 wird unter den derzeitigen sächlichen und räumlichen Voraussetzungen zugestimmt. Die personellen Voraussetzungen werden bzw. sind durch das Schulamt des Kreises Heinsberg geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

5 Bericht über die Weiterentwicklung des Projektes "Gangway"

Frau Kramer, sozialpädagogische Fachkraft, berichtete über das Projekt Gangway, ihre Tätigkeiten und über den Verlauf der Integrationslotsenschulung. Das Handout zu ihrem Bericht ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt. **Anlage 3** ist ein Flyer des Projekts Gangway.

Sie lud die Ausschussmitglieder zu einem Brückenfest am 31.08.2012 ein und bedankte sich bei dem Stadtverordneten Salin für sein Engagement, durch das sie schnell Kontakte mit der Moscheengemeinde knüpfen konnte.

Frau Kramer erklärte, dass die Angebote für Frauen sehr gut angenommen werden.

Ausschussvorsitzende Weinhold fragte, ob die Angebote des Projekts rein frauenspezifisch seien.

Frau Kramer antwortete, dass zum einen spezielle Angebote für Frauen gebe und zum anderen das Projekt Integrationslotsen.

Stadtverordneter Gerhard Gudduschat sagte, dass die Mittel des Bundes bis 2013 befristet seien und fragte, wie es danach mit den Projekten in Übach-Palenberg und Geilenkirchen stände.

Herr Hamann antwortete, dass es ab 2013 neue Projekte gebe, für die man sich auch schon beworben habe. Die Förderung für das Projekt Gangway würde am 31.10.2013 auslaufen. Nach dem Förderzeitraum von 3 Jahren ständen dem Projekt keine weiteren Mittel zur Verfügung. Das Projekt sei jedoch mit dem Gedanken der Nachhaltigkeit geplant worden. Ein Problem seien die finanziellen Mittel, die nach Förderablauf von den Kommunen gestellt werden müssten. Die Sachen, die das Projekt aufgebaut habe, sollen in die öffentlichen Strukturen überführt werden. Höchstes Ziel sei, dass das Projekt vor Ort selbstständig weitergeführt wird. Die Integrationslotsen würden weiter seitens der Diakonie betreut werden. Schon jetzt sei die Nachhaltigkeit der Integrationslotsen sicher gestellt, viele Kontakte wurden geknüpft, es existiere ein großes Miteinander sowie eine hohe Teilhabe. Die ehrenamtlichen Integrationslotsen seien ungemein engagiert und würden viel Zeit in ihr Ehrenamt stecken. Es sei eine feste Gruppe, die derzeit schon in den Startlöchern stehen würde. Er persönlich sei mit der Entwicklung sehr zufrieden.

Stadtverordneter Salin bedankte sich bei Frau Kramer für ihren Einsatz und berichtete, dass seine Frau durch die Angebote des Projekts viel aktiver geworden sei und als gutes Beispiel für den Erfolg des Projekts diene. Er wünsche sich, dass Frau Kramer auch noch nach 2013 in Übach-Palenberg bleibt und die Stadt diese bei ihrer Arbeit unterstützt. Seit dem Frau Kramer aktiv sei, würden die Frauen in der türkischen Gemeinde viel aktiver mitarbeiten.

Stadtverordneter Gerhard Gudduschat fragte, warum die Räumlichkeiten in der Aachener Straße angemietet wurden, durch die Miete würden dem Projekt Kosten entstehen. Wieso habe Gangway nicht im MGH ein Büro eingerichtet? Zudem erkundigte er sich, wie es nach Förderungsablauf des Projektes weitergehen solle. Die geknüpften Kontakte würden weiterhin bestehen, aber wie wolle man es praktisch und räumlich weiter umsetzen?

Frau Kramer antwortete, dass im MGH leider keine Möglichkeiten bestanden hätten. Als nächstes habe man sich an die Kirchengemeinde gewendet, doch auch dort wäre kein Platz gewesen. Da ein Büroraum benötigt wurde, hatte die Diakonie die Idee, die Räumlichkeiten auf der Aachener Straße anzumieten. Die Mietkosten würden zu 100 % von der Diakonie getragen werden.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski erklärte, dass es früher mehrere Optionen gab. Für die Zukunft werde man vielleicht in den Schulen Räumlichkeiten finden, die vom Projekt genutzt werden können. Die Angebote sollen durch ehrenamtliche Helfer fortgeführt werden.

Stadtverordnete Appelrath sagte, dass es der Bund vielleicht noch weitere Projekte für Migranten durchführen wird und dass es möglicherweise auch beim Land NRW Fördertöpfe für das Projekt gäbe.

Herr Hamann antwortete, dass erst die Hälfte der Projektzeit vergangen sei und es schwer zu sagen sei, in welche Richtung es weitergehen wird. Das sei zum Ende des Projekts besser abzuschätzen. Die Nachhaltigkeit des Projekts sollte jedoch sichergestellt werden. Beispielsweise könne man Anfang 2013 mit der Stadt verschiedene Optionen abklären, eine Möglichkeit wäre ein Leistungsvertrag mit der Kommune. Besonders wichtig sei die Struktur vor Ort und eine Räumlichkeit als Anlaufpunkt. Er sei sicher, dass man konstruktive Lösungen finden würde.

Stadtverordneter Josef Fröschen fragte, wieso keine Kooperation mit der katholischen Kirchengemeinde bestehen würde.

Frau Kramer antwortete, dass die evangelische Kirchengemeinde direkt offen für das Projekt gewesen wäre und die Zusammenarbeit sich entwickelt hätte. Da das Projekt nur eine Gesamtdauer von 3 Jahren habe, müsse man die Ziele eingrenzen.

Stadtverordneter Josef Fröschen sagte, dass die katholische Kirche auch Räumlichkeiten zur Verfügung stehen haben und eine Kontaktaufnahme gewiss möglich sei.

Ausschussvorsitzende Weinhold bedankte sich bei Frau Kramer und Herrn Hermanns für den Bericht.

6 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

7 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski sprach die Einrichtung einer OGS an der KGS Übach an und fasste die Historie zusammen. Er erklärte, dass es gelungen sei, dem Kreisjugendamt und der Gemeindeprüfungsanstalt nachzuweisen, dass die Einrichtung einer OGS wirtschaftlicher sei als eine Schulkindbetreuung. Zudem sei der Betrag von 32.000 € für die Durchführung der Investitionen durch Sponsorengelder gedeckt. Auch die Kommunalaufsicht habe sich der Auffassung angeschlossen, der Antrag wäre nun an die Bezirksregierung weitergegeben worden. Frau Pollex erstelle derzeit ein pädagogisches Konzept und bereite eine neue Elternbefragung vor. Wenn alles glatt gehen würde, könnte zum 01.02.2013 der OGS-Betrieb an der KGS Übach eingeführt werden. Dies alles sei nur aufgrund der Hilfe der Sponsoren möglich, denen man für die 32.000 € sehr danken müsse.

Schulleiterin Pollex sagte, dass sie sehr dankbar sei. Man wolle die OGS in Trägerschaft mit der AWO führen. Die Elternbefragung sei eine verbindliche Bedarfsabfrage. Sie wolle nicht mit einem Provisorium starten, sondern wenn dann auch richtig.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski erinnerte daran, dass die Bezirksregierung das letzte Wort habe. Man müsse auch dem Landrat für seine Hilfe danken.

Ausschussvorsitzende Weinhold schloss um 18.29 Uhr die öffentliche Sitzung.

Weinhold
Ausschussvorsitzende

Gündling
Schriftführerin